



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



Nordseeakademie



WZB Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Dokumentation des Workshops

„Von der Vision zur Umsetzung: Anforderungen an Instrumente und Prozesse des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) im Kontext der Raumordnung auf dem Meer“

Nordseeakademie Leck, 15.8.2005-17.8.2005

K. Licht (FTZ), K. Gee (WZB), A. Kannen (FTZ), B. Glaeser (WZB)



Einleitung

Die zukünftige Entwicklung der Meere und Küsten gewinnt weltweit, aber auch in Deutschland, an Bedeutung. So wird - eingebunden in europäische Zusammenhänge - derzeit in Deutschland über Meerespolitik, eine Meeresschutzstrategie und eine Strategie zum Integrierten Küstenzonenmanagement diskutiert. Diese Vielfalt an Strategien und Politiken sowie die in Entwicklung befindlichen Grundlagen einer Meeresraumordnung unter Verantwortung des Bundes führen zwangsläufig zu der Frage, welche Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung von Küsten- und Meeresräumen durch das Instrument der Raumordnung geleistet werden können.

Insbesondere das Verhältnis der Raumordnung zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM), der Umgang mit Herausforderungen durch neue Raumnutzungen wie z.B. die Offshore-Windenergie sowie die Frage nach geeigneten Indikatoren und Instrumenten waren Themen des Workshops in Leck. Der Workshop ist Teil des durch das BMVBW und das BBR geförderten Forschungsvorhabens „Integriertes Küstenzonenmanagement - Raumordnungsstrategien im Küstenbereich und auf dem Meer“. In dessen Rahmen wurde seit 2003 eine Bestandsaufnahme der Nutzungen, Entwicklungstrends und verantwortlichen Institutionen im Küsten- und Meeresraum erarbeitet und, ergänzt mit Thesenpapieren und Empfehlungen zur Umsetzung eines Integrierten Küstenzonenmanagements aus Sicht der Raumordnung, auf zwei Konferenzen im Oktober 2003 und im Februar/März 2005 mit einer breiten Fachöffentlichkeit diskutiert.

Ziel der Veranstaltung in Leck war, diese breite Diskussion mit einer kleineren Gruppe von Teilnehmern zielgerichtet aufzugreifen und weiterzuführen. Dabei standen drei Fragenkomplexe im Vordergrund: Welche Anforderungen ergeben sich aus der aktuellen Änderungsdynamik für Planung und Management? Welche Instrumente und Werkzeuge stehen zur Verfügung und was kann die laufende Raubeobachtung des BBR leisten? Was kann das Indikatorensystem der EU „Expert Group“ als Monitoringinstrument leisten? Mit dieser Dokumentation sollen die wesentlichen Ergebnisse des Workshops entlang dieser drei Themenblöcke zusammengeführt werden.

Wissenschaftlich ist der Workshop ebenso wie das BBR-Forschungsvorhaben eingebunden in den seit 2004 durch das BMBF geförderten Forschungsverbund „Zukunft Küste – Coastal Futures“. Erste Erkenntnisse des Verbundvorhabens bildeten die Ausgangsbasis der Diskussion, zugleich dienen die Ergebnisse des Workshops der praxisorientierten Weiterentwicklung jener Aktivitäten des Forschungsverbundes, die sich mit Fragen der Steuerung von Raumnutzungsveränderungen und ihrer gesellschaftlichen Grundlagen beschäftigen.

Inhalt

1. Anforderungen an die Raumordnung aus dem „Integrierten Küstenzonenmanagement“	4
2. Infrastruktur und Werkzeuge - Laufende Raumbeobachtung im Meer	10
3. Indikatoren der EU „Expert Group“	11

Anhänge:

Programm

Teilnehmerliste



1. Anforderungen an die Raumordnung aus dem „Integrierten Küstenzonenmanagement“

Ziel dieses Fragenkomplexes war es, langfristige Anforderungen an die Raumordnung im Küsten- und Meeresraum zu diskutieren und ein Anforderungsprofil in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Umsetzung zu entwerfen.

Diese Anforderungen leiten sich aus folgendem ab:

1. der Notwendigkeit einer integrativen Bewertung von Raumnutzungen und den dahinterliegenden Interessen;
2. der parallelen Entwicklung verschiedener Strategien und Politiken im Meeres-, und Küstenraum;
3. weiteren „Aspekten“ (Interessenausgleich, Handlungsebenen, Reaktionszeiten von Systemen) in Zusammenhang mit dem Umfeld des Küstenmanagements.

1. Integrative Betrachtung von Nutzungen

Als Ausgangssituation sind veränderte Raumansprüche mit neuen Nutzungen im Küsten- und Meeresraum zu erkennen. Im Fokus vieler Diskussionen steht die Frage, wie man mit diesen neuen Entwicklungen umgeht und wie man sie steuert.

Anforderungen in Zusammenhang mit der integrativen Betrachtung von Nutzungen:

- *Bei Planung und Management von Küsten dürfen nicht nur die Auswirkungen auf Einzelnutzungen bewertet werden, sondern es muss auf die Auswirkung eines Nutzungsmusters eingegangen werden.*
- *Hierbei spielt die Frage nach Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit von Nutzungen eine zentrale Rolle (Kompatibilität als zentrales Kriterium).*
- *Wenn eine Steuerung von Handlungen beabsichtigt ist, dann werden Visionen und Leitbilder und daraus abgeleitete Handlungsziele als Grundlage benötigt.*
- *Szenarien könnten ein denkbare und nützliches Werkzeug zur Erfassung und Bewertung von Entwicklungspfaden sein.*

2. Parallele Entwicklung verschiedener Strategien und Politiken für den Meeres- und Küstenraum

Verschiedene Strategien und Politiken für den Meeres- und Küstenraum (Meerespolitik, Meereschutzstrategie, IKZM-Strategie) dokumentieren derzeit ein verstärktes Interesse am Meeres- und Küstenraum.

Anforderungen in Bezug auf die verschiedenen aktuell diskutierten Strategien und Politiken im Meeres- und Küstenraum

Unklarheit herrscht darüber, wie die einzelnen Strategien zusammenpassen (Harmonisierung, Abstimmung untereinander) und welche Strategie für den Meeres- und Küstenraum sich um welche thematischen Schwerpunkte und Aspekte kümmert. Außerdem fehlt bisher eine allgemeinverständliche Dokumentation der Politik und Strategien für die Öffentlichkeit (Transparenz).

Treibende Kräfte hinter Entwicklungen in einer Region sind ferner:

- Globalisierungsprozesse (z.B. bzgl. Hafenentwicklung und Schifffahrt),
- politische Entwicklungen (Energiepolitik und Energieversorgung, Aspekte der Versorgungssicherheit, Klimaschutzpolitik), oder auch
- gesellschaftliche Werte und Normen wie z.B. Sicherheit vor Terror, Schiffsunfälle, Naturkatastrophen oder Einstellung zu Risiken.

Diese treibenden Kräfte können Indikatoren für anstehende Nutzungsveränderungen in einer Region oder in einem Meeresraum sein.

3. Weitere Aspekte im Zusammenhang mit Küstenmanagement: Interessenausgleich bei Mehrfachnutzungen, unterschiedliche Handlungs- und Entscheidungsebenen, unterschiedliche systemare Reaktionszeiten

Anforderungen aus der Mehrfachnutzung von Ressourcen:

- *Kompatibilität, Identifizieren von win-win – Situationen, die einen Ausgleich privater Nutzung und öffentlicher Interessen fördern können.*
- *veränderte Kosten-Nutzen – Strukturen.*
- *Interessenausgleich verlangt transparente und offene Informationsprozesse.*
- *Bedarf an informellen Diskussionsprozessen.*
- *Bedarf an Analysen zu Stakeholdern, Werten, Normen.*

Anforderungen aus unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsebenen :

- *effizienter Dialog zwischen Handlungsebenen (von EU-Bund-Land-lokal) in beide Richtungen.*
- *Raumordnung und IKZM müssen sowohl übergeordnete als auch lokale Interessen in ihren Grundsätzen und Zielen berücksichtigen.*
- *Transparente, offene Prozesse.*

Anforderungen aus unterschiedlich ablaufenden zeitlichen Entwicklungen und Veränderungen:

- *langfristig angelegte Entscheidungen*
- *Entwicklung einer Vision auf Basis von Szenarien, um eine Richtung vorzugeben.*
- *Regelmäßige Prüfung der Ausgangslage (Laufende Raumbbeobachtung), Überprüfen und ggf. Erneuern der Vision.*
- *Raum für Diskussionen und Szenarienentwicklung (Foren als Teil des IKZM).*
- *Raum für Fortschreibung der Visionen (Foren), Visionen als Grundlage für Raumordnung und Fachplanungen.*
- *Raumbbeobachtung: Küste und Meer als eigenständiger Raum im ROB, Foren als „Frühwarnsystem“ für die Raumordnung.*



Das Verhältnis zwischen IKZM und Raumordnung: Welche Leitbilder existieren für beide?

IKZM unterscheidet sich von der Raumordnung dadurch, dass es ein konsensorientiertes ‚weiches‘ Instrument ist, welches der Umsetzung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung dienen kann. Im



Unterschied dazu ist die Raumordnung ein hartes, ordnungspolitisches Instrument, welches die Flächennutzung steuert und Schutzgebiete ausweist. Die Raumordnung ist vor allem planorientiert, im Gegensatz zum prozessorientierten IKZM. Raumordnung ist flächenbezogen, IKZM geht selektiver vor und sucht unter Einbeziehung viele Akteure Problemlösungen. Raumordnung ist ordnungsorientiert, IKZM aktionsorientiert. Der Vollzug der Planung in der Raumordnung liegt in Händen von Dritten, bei IKZM liegen Steuerung, Planung und Vollzug in einer Hand. Raumordnung ist an administrative Grenzen gebunden, IKZM kann neue Raumbezüge bilden. In der

Raumordnung werden derzeit zwei Diskussionen geführt:

- a) Die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsgrundsatzes (Neu-Definition des Gleichgewichtspostulats aufgrund der wachsenden räumlichen Disparitäten), und
- b) Die Schaffung dreier neuer Leitbilder für die Raumordnung. Dies sind:
 - Wirtschaftswachstum und Entwicklung fördern, durch Konzentration der Mittel auf Metropolregionen und Wachstumskerne,
 - Daseinsvorsorge sichern und anpassen (Anpassung des Netzes der zentralen Orte an die Demographie; in Zukunft muss ein kleineres Netz von zentralen Orten für Mindeststandards der Infrastruktur aufkommen),
 - Management von Raumnutzungen mit folgenden Schwerpunkten:
 - Siedlungsflächenmanagement und die Reduktion der in Anspruchnahme von Fläche. Ziel der Strategiekommission ist die Reduktion auf 30ha täglichem Flächenverbrauch,
 - Kulturlandschaftsgestaltung,
 - IKZM und Raumordnung auf dem Meer. Diese beiden Instrumente sollen in das Leitbild der Raumordnung eingeführt werden, um ein gezieltes Management zu entwickeln.

„Good Practice“ - Beispiele im Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM)

Im Rahmen des Programmblocks zu den Anforderungen an die Raumordnung wurden drei sog. „Good Practice“ - Beispiele vorgestellt: die Region Uthlande, die K.E.R.N-Region und das Baltcoast-Projekt Wismarer Bucht.

a) IKZM in der Region Uthlande

Die Besonderheit in diesem Projekt ist die Tatsache, dass der IKZM-Prozess bottom-up entstanden ist und aus der Erkenntnis erwuchs, statt einer isolierten Betrachtung des Küstenschutzes vielmehr alle Nutzungsansprüche an der Küste integrativ zu betrachten. Ziel des Prozesses war es, fundierte Informationen zu IKZM bereit zu stellen und alle betroffenen Akteure an einen Tisch zu bringen. Gemeinsam sollten Handlungsempfehlungen für die weitere Arbeit diskutiert, Organisationsstrukturen aufgezeigt, Handlungsschwerpunkte erarbeitet und Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Dabei stellte sich heraus, dass die Kommunikation und Abstimmung tatsächlich viel besser war als sie

subjektiv empfunden wurde. Bei konkreten Fragestellungen und Konfliktfeldern war dennoch eine externe Moderation sehr wichtig.

Als Erfolgsfaktoren für IKZM in der Region Uthlande sind festzuhalten,

- dass es sich um eine überschaubare Region handelt,
- ein schrittweiser Prozess aufgebaut werden konnte,
- die Akteure sich in der Inseln- und Halligkonferenz zusammengeschlossen und institutionalisiert haben, sowie
- über das Programm „Regionen Aktiv“ bereits ein Regionalmanagement und damit ein „Kümmerer“ etabliert war.

b) IKZM Technologie Region K.E.R.N.

Bei der Technologieregion K.E.R.N handelt es sich um einen seit 1991 freiwilligen Zusammenschluss aus den Städten Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster, Kreis Rendsburg-Eckernvörde, IHK-Kiel, Unternehmerverbände, und Deutscher Gewerkschaftsbund. Ziele des Zusammenschlusses sind, die Kooperation zwischen Kommunen zu verbessern und die technologische Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Wirtschaft in der Region voranzutreiben. Schwerpunkt dabei ist das Thema maritime Wirtschaft und Kompetenz rund um das Meer. Bisher stand bei IKZM-Projekten in der Region K.E.R.N. primär die Entwicklung ökonomischer Perspektiven auf dem Meer und die Bewusstseinsbildung für IKZM im Mittelpunkt. Als Spielmacher bzw. Kümmerer für die Prozesse ist die IHK zu nennen. Die Region K.E.R.N versteht unter IKZM die reine Netzwerkbildung.

c) Baltcoast Projekt Wismarbucht

In der Wismarbucht bestanden Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und Tourismus. Zugleich fehlten raumordnerische Ziele und Befahrungsregelungen der Gewässer. Als Lösungsansatz wurde ein kommunikatives Gutachten mit dem Titel „Möglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung der westmecklenburgischen Ostseeküste im Bereich des EU-Vogelschutzgebietes „Küstenlandschaft Wismarbucht“ unter besonderer Berücksichtigung touristischer Nutzungen“ angefertigt (Auftragnehmer: Arbeitsgemeinschaft PLANCO Consulting GmbH Schwerin und SALIX Teterow; Auftraggeber: über Interreg III B „Baltcoast“ Umweltministerium und Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung).



Durch systematisches Vorgehen wurden in dem Gutachten die unterschiedlichen Nutzungsinteressen zusammengeführt (Workshops, Befragungen etc.) und die unterschiedlichen Nutzungsansprüche in der Wismarbucht spezifiziert. Für viele war überraschend, dass die Nutzungskonflikte in einigen Punkten zu lösen sind, sofern sie räumlich und zeitlich differenziert werden (im Sommer bestehen zum Beispiel verstärkt touristische Interessen, wobei im Frühjahr und Herbst die Naturschutzinteressen/Vogelschutz dominieren). Die Gutachter haben in dem Projekt aufgezeigt, dass

- Konflikte häufig überschätzt wurden (da eine zeitliche Splittung der Nutzungsintensität möglich war),
- unzureichende Informationen über räumlich definierte Nutzungsansprüche vorlagen,
- durchaus Bereitschaft bei Akteuren zu freiwilligen Vereinbarungen vorhanden waren;

Es ist deutlich geworden, dass der Prozess top-down initiiert wurde. Frage für die Zukunft ist, wer die Rolle des Spielmachers und Kümmerers übernimmt, da die Gutachter nicht mehr vor Ort sind.

Welche Rahmenbedingungen benötigt ein erfolgreiches IKZM?

Im Folgenden werden weiterführende Ergebnisse der Diskussionen des Workshops zusammengefasst.

Foren/Beteiligung/Kommunikation

- Die Workshopteilnehmer waren sich einig, dass nicht zwangsläufig neue Foren geschaffen, sondern zuerst bestehende Strukturen weiterentwickelt werden sollen.
- Foren müssen ziel-, bedarfs- und problemorientiert eingesetzt werden. Bei einer Leitbildentwicklung beispielsweise muss ein größerer Kreis an Akteuren eingebunden werden als bei der Lösung eines konkreten Problems. IKZM soll als Plattform zur Visionsentwicklung, Leitbildfindung, Problemfindung und Zielfindung verstanden werden.
- Eine Hierarchie von Foren kann die Kommunikation zwischen den räumlichen Ebenen ermöglichen.



- Die Vertreter in den Foren sollen Vertretungsbefugnis besitzen und diese auch wahrnehmen.
- Foren sollen dazu da sein, informelle Prozesse zu erhalten. Als informelle Instrumentarien aus der Raumordnung an Land sind REK, Stadt-Umlandprozesse und Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen zu nennen; aus dem Bereich der WRRL sind die sich gerade bildenden Gebietskörperschaften bzw. Flussgebietsbeiräte anzuführen.
- Bei der Frage der Beteiligung und Transparenz muss unterschieden werden zwischen allgemeiner und betroffener Öffentlichkeit. Rechtzeitige Überlegungen sind notwendig, wer bei welchen Prozessen wann beteiligt wird, um zielorientiert arbeiten zu können.
- Zwischen den Behörden und Raumebenen sollte ein verstärkter Informationsaustausch stattfinden.
- Kommunikation funktioniert nur mit Legitimation der Beteiligten.

Leitbilder/Prinzipien der Raumordnung

- Das Ziel der Polykultur von Nutzungen soll mit den Zielen Reduktion des Flächenverbrauches und dezentrale Konzentration gekoppelt sein.
- Der Mix von Raumnutzungen richtet sich nach den jeweiligen Ansprüchen, die regional unterschiedlich sind.

Offen bleibt, ob die Prinzipien der Raumordnung an Land auch für Raumordnung auf dem Meer gelten sollen und wie die Raumordnung auf dem Meer, im Küstenmeer und an Land miteinander verknüpft werden können.

Visionen

- Visionen müssen langfristig wachsen, und können nicht ad hoc entstehen;

- Visionen stehen nicht notwendigerweise am Anfang eines IKZM-Prozesses, sondern können auch erst später entwickelt werden.

Szenarien

Szenarien können als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis fungieren.

Verhältnis IKZM zur Raumordnung

Es spielt keine Rolle, ob IKZM nun ein Teil der Raumordnung ist oder umgekehrt. IKZM soll als flexibles, bedarfsorientiertes Instrumentarium eingesetzt werden, um Lösungen zu finden, die im planerischen, starren Umfeld der Raumordnung vielleicht so nicht gefunden werden können. Rechtsverbindliche Entscheidungen können jedoch im Kontext der Raumordnung getroffen bzw. herbeigeführt werden, da die Raumordnung im Gegensatz zum IKZM als rechtsverbindliches Planungsinstrument wirkt.

Was ist notwendig, um IKZM-Prozesse erfolgreich zu gestalten?

- Ein überschaubarer Raum.
- Ein Spielmacher und Kümmerer, der den Prozess anschiebt und vor allem langfristig am Laufen hält.
- Zeit und Geduld: IKZM-Prozesse müssen wachsen.
- Finanzmittel zur Initiierung eines IKZM oder zur Schaffung notwendiger Strukturen.
- Ein entsprechender Grad der Betroffenheit, ohne den sich die Akteure selten engagieren.
- Entwicklung von Visionen/Entwicklungszielen (müssen nicht immer an erster Stelle stehen).
- Wenn möglich, externe Moderation.
- Ein Prozessmonitoring, denn die Wahrnehmung der Prozesse deckt sich nicht zwangsläufig mit dem, was wirklich abläuft (benötigt Kriterien zur Bewertung von Prozessen).



Verantwortlichkeiten...

... spielen bei allen diskutierten Aspekten eine große Rolle. Rechtliche, räumliche, thematische, zeitliche und moderierende Verantwortlichkeiten müssen im Laufe des IKZM-Prozesses geklärt werden.

2. „Infrastruktur und Werkzeuge“- Laufende Raumbewachung im Meer

Ziel dieses Programmpunktes war es, ein Anforderungsprofil an die Datenerhebung für eine laufende Raumbewachung auf dem Meer zu entwickeln. Dazu gab es zu Beginn als Input einen Überblick über die Laufende Raumbewachung an Land, die vom BBR regelmäßig durchgeführt wird. Die bisherige Raumbewachung kann für eine Raumbewachung im Meer Know How bezüglich der Datensuche, Indikatorensuche und Regionen-Abgrenzung liefern.

Bestehende Defizite einer laufenden Raumbewachung auf dem Meer

- a) Mangelnde Verfügbarkeit von Daten:
 - Unzureichender Zugang zu Daten;
 - ungenügender Austausch von Daten, besonders auch transnational;
 - ungenügende Information zu vorhandenen Daten;
- b) Mangelnde Aussagekraft der vorhandenen Daten:
 - nur Zustandsbeschreibungen;
 - keine Aussagen über die Raumwirkung einzelner Nutzungen auf andere Nutzungen, auf die Meeresumwelt oder die Landbereiche;
 - Problem oft unbekannter Ursache-Wirkungsketten;
 - Problem der Erhebung kumulativer Wirkungen;
- c) Datenaufbereitung:
 - Wie werden Daten aufbereitet, und wer ist dafür verantwortlich?
 - Zweckgebundenheit von Daten und deren Aufbereitung;
- d) Datenbedarf:
 - Notwendigkeit neuer Daten, die die Wirkung neuer Raumnutzungen beschreiben und kumulative sowie grenzüberschreitende Aspekte mit einbeziehen;
 - Metadatenkatalog ist wichtig;
- e) Qualität von Daten,
 - Es müssen die „richtigen“ Daten erhoben werden, z.B. um es zu ermöglichen, Systemzusammenhänge und Prozesse zu beschreiben;



3. „IKZM-Indikatoren“

Im Rahmen dieses Programmpunktes sollte diskutiert werden, welche Anforderungen an IKZM-Indikatoren aus Sicht der Raumordnung gestellt werden sollten und inwieweit die von der sog. „EU Expert Group“ entwickelten IKZM-Indikatoren anwendbar sind.

Vorstellung und Test der Indikatoren der EU Expert Group

Auf europäischer Ebene erarbeitet derzeit eine spezielle Arbeitsgruppe Zustands- und Prozessindikatoren für IKZM. Es stellt sich die Frage, in wieweit die EU-Vorschläge auf die nationale Ebene und untergeordnete Ebenen übertragbar sind.

a) Zustandsindikatoren:

Bei den Zustandsindikatoren kristallisieren sich die folgenden Problembereiche heraus:

- Wie sollen überhaupt geeignete Indikatoren mit IKZM-Relevanz ausgewählt werden?
- Wie sieht es mit der Datenverfügbarkeit auf der internationalen, nationalen, regionalen und kommunalen Ebene aus?
- Operationalisierung: Wie geht man mit z. T. unbestimmten Begriffen und normativen Anteilen um? (Wertigkeiten von Merkmalsausprägungen noch nicht ausgereift)

Hierfür müssen Zielvorstellungen und –werte im öffentlichen Diskurs entwickelt oder ggfs. aus der nachhaltigen Raumentwicklung übernommen werden.

b) Fortschritts- / Prozessindikatoren

Die Prozessindikatoren werden fünf Schritten im IKZM-Prozess zugeordnet, denen wiederum 26 Aktionen zugeordnet werden. Zudem unterscheidet man in drei räumliche Ebenen: national, regional und lokal. Die EU schlägt eine Erhebung dieser Prozessindikatoren über eine Selbsteinschätzung vor, was kontrovers diskutiert werden kann.

Ein alternativer Ansatz wäre, die von der EU vorgeschlagenen Inhalte und Themen auf eine empirisch erhebbare „Checkliste“ zu übertragen. Dies kann folgendermaßen geschehen:

- 1) Erhebung einer Reihe von Indikatoren durch Sichtung der Aktenlage (Dokumente, Gesetze, Verordnungen, etc.);
- 2) Erhebung weiterer Indikatoren durch Akteursbefragung (wobei man auf den Punkt der Repräsentativität achten muss);
- 3) Erhebung durch Bezug auf best practice Beispiele.

Ein grundlegendes Problem bei Prozessindikatoren ist die Frage, wann ein IKZM-Prozess als ideal einzustufen ist. Auch können Prozesse nur im Bezug auf bestehende Zielvorstellungen bewertet werden: Welcher Zustand der Küste wird angestrebt, und auf welcher räumlichen Ebene bewegen wir uns? Werden die mit einem bestimmten IKZM-Prozess verbundenen Ziele (z. T. sehr konkret formulierte Handlungsziele) erreicht?

Bieten die IKZM-Indikatoren eine Hilfestellung für die laufende Raubeobachtung?

Unklar ist, ob man zunächst Zielvorstellungen für den gewünschten Zustand der Küste und optimalen IKZM-Prozess benötigt, dann die Wertigkeiten festlegt und im Anschluss daran überlegt, welche Daten und Indikatoren erhoben werden müssen, oder umgekehrt von den Indikatoren ausgehen soll. Derzeit laufen die Datenerhebung und die Diskussion über Zielvorstellungen parallel.

Zu berücksichtigen ist auch, dass es unterschiedliche Bewertungen und Zielvorstellungen auf den unterschiedlichen Raumebenen gibt, und dass eine Gewichtung der Indikatoren notwendig sein könnte.

Was bedeutet nun ein erfolgreicher IKZM-Prozess? Steht Erfolg für Zufriedenheit in der Bevölkerung und/oder Prozessbeteiligten, für positive Änderungen der Zustandsänderungen oder Erfüllung der Zielvorstellungen des Nachhaltigkeitsprinzips?

Es werden folgende Anforderungen an die vorgestellten IKZM-Indikatoren gestellt:

- Indikatoren sollen weiter diskutiert und messbar gemacht werden.
- EU-Indikatoren sollten auf die nationale Ebene übertragen und dort nach Sinn und Zweck hinterfragt werden.
- Dabei muss noch diskutiert werden, welche Indikatoren überhaupt sinnvoll sind und welche nicht.
- Es muss transparent dargestellt werden, wozu die Indikatoren dienen sollen und welche Schlussfolgerungen aus veränderten Werten für Indikatoren zu ziehen sind bzw. gezogen werden sollten.
- Die Regionalisierung der einzelnen Indikatoren muss geprüft werden.
- Die Datenverfügbarkeit muss ebenfalls geprüft werden und mit Inhalt und Informationen gefüllt werden.
- Für Prozessindikatoren muss ein empirisch erhebbares Instrumentarium entwickelt und abgestimmt werden.
- Indikatoren sollten nur als Hilfsmittel und nicht als zentrales Element betrachtet werden.
- Bund und Länder müssen sich über den Umgang mit diesen Indikatoren austauschen, als nächstes muss dann die regionale Ebene beteiligt werden. Wie dies geschehen soll und welche Akteure einbezogen werden, ist noch nicht klar.
- Geklärt werden muss auch, wie die Abstimmung auf den verschiedenen Ebenen stattfinden soll.

Programm

Montag, 15.8.2005 „IKZM essentials“

- | | |
|---------------|---|
| 17.00 – 18.00 | Begrüßung |
| 18.00 – 19.00 | Abendessen |
| 19.00 – 21.00 | <p>Ziel: Langfristige Anforderungen an die Raumordnung im Küsten- und Meeresraum diskutieren. Entwurf eines Anforderungsprofils im Bezug auf Rahmenbedingungen und Umsetzung.</p> <ul style="list-style-type: none">• Andreas Kannen: Einführung und Vortrag zu Anforderungen an Raumordnung und IKZM aus Sicht des BMBF-Verbundvorhabens „Zukunft Küste-Coastal Futures“• Gerhard Wagner: Vortrag zum Thema Umsetzungsperspektiven• Katrin Fahrenkrug: Vortrag zu „Good practice“ - Beispielen im IKZM |

Dienstag, 16.8.2005 „Infrastruktur und Werkzeuge“

- | | |
|---------------|---|
| 09.00 – 10:30 | <p>Raumbeobachtung
Ziel: Anforderungsprofil an die Datenerhebung</p> <ul style="list-style-type: none">• Andreas Kannen: Einführung• Helmut Janich: Input zur laufenden Raumbeobachtung• Diskussion |
| 10:30 - 11:00 | Kaffeepause |
| 11:00 – 12:30 | Verfeinerung des Anforderungsprofils anhand zwei ausgewählter nationaler Prioritätenthemen (Gruppenbildung) → ZIEL: „Konzept eines Datenbedarfsrasters“ |
| 12:30-13:30 | Mittagessen |
| 14:00 | Exkursion, Wattwanderung und Arlau Schleuse |

Mittwoch, 17.8.2005 „IKZM-Indikatoren“

- | | |
|---------------|---|
| 09:00-10:30 | <ul style="list-style-type: none">• Achim Daschkeit und Bastian Schuchardt: Vorstellung und Diskussion der Indikatoren der EU Expert Group: |
| 10:30 - 11:00 | Kaffeepause |
| 11.00 – 12:30 | Schlussrunde: Zusammenfassung, Ausblick |
| 12:30 - 13:30 | Mittagessen |

Teilnehmerliste-Workshop 15.-17.8.2005, Leck

Vorname	Name	Institution	Anschrift	E-mail
Dr. Kai	Ahrendt	Büro für Umwelt und Küste	Steinstraße 25 24118 Kiel	ahrendt@iczm.de
Dr. Jürgen-Friedrich	Autsch	Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung	Schlossstraße 6-8 19048 Schwerin	juergen.utsch@am.mv-regierung.de
Antje	Bruns	Forschung- und Technologiezentrum Westküste (FTZ)	Hafentörn 1 25761 Büsum	bruns@ftz-west.uni-kiel.de
Dr. Achim	Daschkeit	Geographisches Institut, Universität Kiel	Olshausenstraße 40-60 24098 Kiel	daschkeit@geographie.uni-kiel.de
Astrid	Dickow	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein	Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel	astrid.dickow@im.landsh.de
Katrin	Fahrenkrug	Raum & Energie, Institut f. Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH	Erlenweg 3 22880 Wedel/Hamburg	fahrenkrug@raum-energie.de
Michael	Fornahl	Referat Technologiepolitik im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein	Düsternbrooker Weg 94 Postfach 7128, 24171 Kiel	michael.fornahl@wimi.landsh.de
Carina	Froh	Forschung- und Technologiezentrum Westküste (FTZ)	Hafentörn 1 25761 Büsum	-
Kira	Gee	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	Reichpietschufer 50 10785 Berlin	gee@wz-berlin.de
Bernhard	Glaeser	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	Reichpietschufer 50 10785 Berlin	bglaeser@wz-berlin.de
Helmut	Janich	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Deichmanns Aue 31-37 5317 Bonn	Helmut.Janich@bbr.bund.de
Andreas	Kannen	Forschung- und Technologiezentrum Westküste (FTZ)	Hafentörn 1 25761 Büsum	kannen@ftz-west.uni-kiel.de
Dagmar	Karsten	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord	Hindenburgufer 247 24106 Kiel	dkarsten@wsd-nord.de
Prof. Dr. Hellmut	Lange	artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit	Enrique-Schmidt-Strasse 7 28334 B r e m e n	lange@artec.uni-bremen.de
Dr. Katharina	Licht	Forschung- und Technologiezentrum Westküste (FTZ)	Hafentörn 1 25761 Büsum	licht@ftz-west.uni-kiel.de
Frank	Liebrenz	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Abt. Landesplanung	Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel	frank.liebrenz@im.landsh.de
Katharina	Menge	Regionale Partnerschaft Uthlande e.V.	Hafenstr. 23 25938 Wyk auf Föhr	k.menge@regionuthlande.de
Frank	Richert	Gesellschaft für Energie und Oekologie mbH (GEO)	Enger Straße 13 25917 Enge-Sande	frank.richert@geo-mbh.de
BOR Friedrich	Rischmüller	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest	Schlossplatz 9 26603 Aurich	rischmueller@aur.wsdnw.de

Heinz-Georg	Roth	Bürgermeister Stadt Wyk und Vorsitzender Insel- und Halligkonferenz	Hafenstr. 23 25938 Wyk auf Föhr	h.roth@wyk.de
Sybille	Schnegelsberg	GAUSS mbH	Werderstr. 73 28199 Bremen	gauss@gauss.org
Dr. Bastian	Schuchardt	BioConsult Schuchardt &Scholle GbR, Bremen und Gnarrenburg	Reeder-Bischoff-Str. 54 28757 Bremen	schuchardt@bioconsult.de
Petra	Sewig	Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ref. 303	Calenberger Straße 2 30169 Hannover	Petra.Sewig@ml.niedersachsen.de
Gina	Siegel	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ref. A 32	Invalidenstraße 44 10115 Berlin	gina.siegel@bmvbs.bund.de
Christian	Sperling	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Referat LS 20, Internationale und EU- Seeverkehrsangelegenheiten,	Robert-Schuman-Platz 1 53175 Bonn	christian.sperling@bmvbs.bund.de
Prof. Horst	Sterr	Universität Kiel, Institut für Geographie	Olshausenstraße 40-60 24098 Kiel	sterr@geographie.uni-kiel.de
Martin	Tenkleve	Port Authority, Behörde für Wirtschaft, Arbeit	Dalmannstraße 1-4 20457 Hamburg	martin.tenkleve@hpa.hamburg.de
Dr. Gerhard	Wagner	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Deichmanns Aue 31-37 53179 Bonn	Gerhard.Wagner@bbr.bund.de